

# Erzgebirgischer Volksfreund

Das „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen.

Bezugspreis (einschl. des einjährigen Postgebührens): 12,50 RM. Einzelhefte 1,25 RM. Halbjährlich 6,25 RM. Durch die Post einzeln oder Belegungen monatlich 2,10 RM. Auslandszustellgebühr, Einzelnummer 10 Pf. Für Rückgabe unersucht eingekannter Sendungen ist die Redaktion keine Verantwortung.

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Stadträte in Aue, Grünhain, Böhmisch, Neuschkeibitz und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und des Stadtrates zu Schwarzenberg.

Verlag **G. M. Gärtner, Aue, Sachsen.**

**Hauptgeschäftsstelle:** Aue, Rennhof-Sammel-Str. 2541. **Druckanstalt:** Volksfreund-Aue/Sachsen. **Geschäftsstellen:** Böhmisch (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Abgabe-Verordnung für die am Nachmittage erscheinende Nummer des „Erzgebirgischen Volksfreunds“.

Der Preis für die 22 mm breite Millimetergröße ist 4 Pf., für den 50 mm breiten Zeit-Millimeter 20 Pf., umf. 12,5. Allgemeine Bedingungen laut Tarif 2 Nachdruck 8.

Bei Verlegung von hoher Hand keine Haftung aus laufenden Beträgen, bei Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes keine Ansprüche. **Postfach-Konto:** Leipzig Nr. 12226. **Gemeinde-Tele-Konto:** Aue, Sachsen, Nr. 28.

Nr. 72.

Dienstag, den 26. März 1935.

Jahrg. 88.

## Amfliche Anzeigen.

### Radiumbad Oberschlema.

Am Mittwoch, dem 27. März 1935, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr wird die Wasserhauptleitung gespült. Eine Erhöhung des Wassers ist unvermeidlich. Ein Einwohnerschaft wird deshalb gebeten, sich vorher mit genügend klarem Wasser zu versorgen. **Radiumbad Oberschlema, 25. März 1935.**  
Der Bürgermeister.

### Staatl. Spitzenklöppelmusterschule und Zeichenschule für Textilindustrie Schneeberg.

Donnerstag, den 28. März 1935, vorm. 10 Uhr

Entlassungsfeier

für die abgehenden Schülerinnen und Schüler.

Hierzu ladet die Behörden, Eltern und Freunde der Schule ergebenst ein  
Die Direktion.  
Lorenz.

### Bekanntmachung.

Das von den unterzeichneten Forstkämtern unter dem 15. Februar 1935 erlassene Verbot des Betretens des Waldes außerhalb der Wege usw. wird hiermit bis zum 30. April 1935 verlängert.

**Bodau, Breitenhof, Johanngeorgenstadt, Lauter, Pöhl und Raschau, am 25. März 1935.**

Die Forstkämter.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Böhmisch und Schwarzenberg eingesehen werden.

## Die Gegenstände der Berliner Verhandlungen.

Was Sir Simon am ersten Tage vorgebracht hat.

### Die erste amtliche Verlautbarung.

Berlin, 25. März. Das Deutsche Nachrichtenbüro teilt mit:

Der Führer und Reichskanzler empfing heute vormittag den britischen Außenminister Sir John Simon und Mr. Anthony Eden im Beisein des Reichsaußenministers Freiherrn v. Neurath und des britischen Botschafters Sir Eric Phipps. Besprechungen fanden statt sowohl am Vormittag als auch am Nachmittag über einige der Fragen, die in dem englisch-französischen Kommuniqué vom 3. Februar erwähnt worden sind. Die Besprechungen werden im Laufe des morgigen Vormittags wieder aufgenommen werden.

Dazu wird aus Berlin geschrieben:

Ein offizielles Programm für die Berliner Verhandlungen ist nicht herausgegeben worden, da es sich um eine Arbeitstagung handelt, bei der auf englischer wie auf deutscher Seite nur das Bestreben besteht, zu sachlichen Vereinbarungen im Sinne der Förderung des Friedens in Europa zu kommen. Die englischen Minister werden auch Gäste des Reichsaußenministers sein. Der englische Außenminister wird wahrscheinlich bis Mittwoch vormittag in Berlin bleiben und dann das englische Flugzeug „Delta“ der Imperial Airways zum Rückflug nach London benutzen.

Die Verhandlungsgegenstände sind durch das Londoner Kommuniqué gegeben. Erster Punkt ist die Rüstungsbeschränkung. Dazu darf wiederholt werden, daß Deutschland nach wie vor grundsätzlich bereit ist, Abkommen zur Rüstungsbeschränkung oder zur Rüstungsverminderung abzuschließen, wenn alle anderen in Frage kommenden Länder gewillt sind, sich in Ansehung des Einzelalles Beschränkungen auf dem Fuße der Gleichheit aufzuerlegen. In der Ostpaktfrage ist die Einstellung Deutschlands nicht minder klar. Deutschland will Frieden im Osten, aber es sieht diesen Frieden nicht durch Paktssysteme gesichert, deren Teilnehmer zum Teil militärbündnisartige Sonderbindungen eingegangen sind und die zum Teil gar keine Gebietsinteressen im Ostraum zu verteidigen haben. Wenn Befriedung das Ziel sein soll, darf man nicht Komplikationen den Weg ebnen. Die gleiche Gefahr bestände bei der vorgehenden Marschroute eines Donaupaktes, der eine Verfeinerung der gegenwärtigen anormalen Lage zu einer Stunde bedeuten würde, da die Brüchigkeit ungehinderter Verträge sich klar erwiesen hat. Außerdem ist zu befürchten, daß man bei der vorgehenden „Nichteinmischung“ stets nur an die deutsche Eventualität denken wird, während andere Partner mit naiver Selbstverständlichkeit gewillt sind, weitergehende Rechte für sich in Anspruch zu nehmen. Deutschlands grundsätzliche Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Luftabkommens ist bereits früher in der deutschen Antwort an England zum Ausdruck gebracht worden. Bleibt die Frage des Wiedereintritts Deutschlands in den Völkerbund, die von selbst ihre natürliche Regelung finden würde, wenn die bekannten Voraussetzungen unumstritten gegeben sein werden, nämlich die Garantie der deutschen Sicherheit und die Garantie für absolute Gleichberechtigung.

### Die russisch-tschechische Gefahr.

Ward Price meldet der „Daily Mail“ aus Berlin: Nach ihrer gestrigen, etwa siebenstündigen Besprechung mit Herrn Hitler, dem Freiherrn v. Neurath und Herrn v. Ribbentrop, seien sich die britischen Minister über eine Sache klar gewesen, nämlich, daß sie sehr gut daran getan hätten, nach Berlin zu kommen und mit Hitler persönlich zu sprechen. Auf beiden Seiten sei verschiedentlich eine sehr deutliche Sprache gebraucht worden, wenn auch zugleich größte Herzlichkeit bestanden habe. Ueber den Inhalt des Meinungsaustausches glaubt der Korrespondent folgendes berichten zu können:

Simon habe damit begonnen, Hitler die Stimmung der englischen öffentlichen Meinung gegenüber Deutschland zu

schildern. Er habe gesagt, sie sei enttäuscht und unbehaglich geworden. Das britische Volk sei zwar von gutem Willen gegenüber dem deutschen Volke befeelt, aber es sei überfordert und mißtrauisch geworden durch die plötzlich aufeinanderfolgenden Ankündigungen hinsichtlich der Bildung einer Luftstreitmacht und eines großen Landheeres. Simon habe auch erklärt, wenn ein mächtiges Volk wie das deutsche einen ganz willkürlichen politischen Kurs wähle, könnten sich ernste internationale Verwicklungen ergeben. Er wünsche deshalb, die Möglichkeiten der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems zu prüfen. Er fürchte, daß der einzige andere Weg darin bestehen könnte, daß alle Mächte, die Besorgnis gegenüber Deutschland empfinden, allmählich eine Koalition bilden würden, um ihre gegenseitige Sicherheit zu gewährleisten.

Die Folgen einer so scharfen Spaltung in Europa könnten ernst sein. Wenn Deutschland weiterhin unabhängig seine eigenen Ziele zu erreichen suche, dann könnten Frankreich und Großbritannien, so gerechtfertigt die erwähnten Ziele auch dem deutschen Volke erscheinen mögen, sich in einem Dilemma befinden. Sie würden dann zu wählen haben zwischen einer Politik der Uebereinstimmung mit Deutschland und einer Politik der Uebereinstimmung mit den anderen Großmächten, die an die Möglichkeit glaubten, daß sie eines Tages von Deutschland in eine gefährliche Lage gebracht werden könnten. Simon habe gesagt: Wir sind nach Berlin gekommen, um ausfindig zu machen, ob diese beiden Möglichkeiten sich nicht verschmelzen lassen, und ob es nicht möglich ist, ein wissenschaftliches System der Vereinbarung zu schaffen, an dem Deutschland und die anderen Großmächte teilhaben. Er habe darauf hingewiesen, daß er persönlich nach dem Vorgefallenen einige Entschlossenheit zeigen müsse, um nach Berlin zu gehen. Er habe es getan, weil er geglaubt habe, daß dieser Besuch der Sache des Friedens dienen werde. Die britische Regierung suche sich nicht ihrer Verantwortlichkeit zu entziehen. Sie werde aber das britische Volk davon überzeugen, daß sie den richtigen Weg gewählt habe. Um eine Festlegung dieses Kurses bei voller Kenntnis der Tatsachen zu ermöglichen, suche er Informationen aus erster Hand über Deutschlands Ansichten und Absichten zu erhalten.

Nach der Uebereinstimmung der Ausführungen Simons habe der Führer einen Ueberblick über die jetzige europäische Lage gegeben, wie sie sich in den deutschen Augen darstelle.

Ward Price macht im Anschluß hieran folgende Bemerkungen: Es sei sonderbar, daß im französischen Außenministe-

### Abendtafel zu Ehren der englischen Minister.

Berlin, 26. März. Der Reichsminister des Auswärtigen und Frau v. Neurath veranstalteten zu Ehren des britischen Außenministers Sir John Simon und des Lord-Siegelbewahrers Eden gestern im Hause des Reichspräsidenten eine Abendtafel. An dieser nahmen teil der Führer und Reichskanzler, der Königl.-britische Botschafter, sämtliche Kabinettsmitglieder, die Begleiter der englischen Minister, sowie die Herren der britischen Botschaft und führende Persönlichkeiten der Reichsbehörden und der Partei mit ihren Damen.

Berlin, 26. März. Heute, Dienstag, um 10.15 Uhr vormittags wurden in der Reichskanzlei die Besprechungen mit den englischen Regierungsvertretern im gleichen Kreise wieder aufgenommen und fortgesetzt.

Wie im britischen Foreign Office die jetzigen Verhandlungen tiefgehende Meinungsverschiedenheiten verursacht hätten. Es sei kein Geheimnis, daß mächtige Einflüsse im britischen Foreign Office sich gegen den Plan von einmütigen und freundschaftlichen Besprechungen mit Deutschland wenden, für die der Staatssekretär des Äußereren eingetreten sei. Diese Einflüsse begünstigten den Plan der französischen Regierung, der auf sofortigen Abschluß eines Militärbündnisses mit Sowjetrußland abziele. Aber sogar in Frankreich herrschte eine Meinungsverschiedenheit bezüglich dieses Planes. Laval wünsche abzuwarten, was sich aus Simons Berliner Besprechungen ergebe, bevor er Moskau besuche. Der französische Ministerpräsident Glandin sei mit nachdrücklicher Unterstützung des französischen Generalstabs darauf bedacht, sofort ein Militärbündnis zwischen Frankreich und Sowjetrußland zustande zu bringen. Wenn dieser Plan ausfahrbar bleibe, da würde russisches Kriegsmaterial in die Tschechoslowakei hineinfluten, die dadurch praktisch ein russischer Außenposten in der Flanke Deutschlands und im Falle eines Krieges im Osteuropa ein Stützpunkt für russische Flugzeugangriffe auf Berlin werden würde.

Ward Price fügte hinzu, Simon werde wahrscheinlich Berlin nicht vor Mittwoch nachmittag verlassen. Edens Abreise nach Moskau bleibe auf Dienstag abend festgesetzt, so daß Simon am letzten Vormittag seines Berliner Aufenthaltes allein mit der deutschen Regierung in Verbindung sein werde.

## Unerträgliche Schreckensurteile in Kowno.

4 Memeldeutsche zum Tode verurteilt. Schwerste Zuchthausstrafen. Spigel werden begnadigt.

Kowno, 26. März. Heute vormittag gegen 10 Uhr wurde unter großer Spannung das Urteil des Kownoer Kriegesgerichtes verkündet. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Emil Doll, Walter Prieß, Heinrich Wannagat und Emil Lepa zum Tode verurteilt worden sind. Es handelt sich hier um die Angeklagten des sogenannten Gemenordes der Besatzungsgruppe.

Johann und Ernst Wallat wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die Führer der „Sowog“, Dr. Neumann und Beruweit erhielten je 12 Jahre Zuchthaus. Die Angeklagten Kwanka, Ernst Rademacher, Brotoph, Riegel, Gaal, Grau, Rappens, Scheschewich erhielten je 10 Jahre Zuchthaus. Der Führer der „Hrislich-Soz. Volksgemeinschaft“, Freiherr von Graf Baron Rapp, Rehberg, Gronenberg und acht andere Angeklagte wurden zu je 8 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Bei den bisher Verurteilten wird das gesamte Vermögen beschlagnahmt.

Von den weiteren Angeklagten wurden Dreßler, Preisas und Dr. Herbert Boettcher ebenfalls zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Zuchthausstrafen von 1½ bis zu 6 Jahren.

Die beiden Spigel und Kronzeugen Molinus und Kubbus erhielten nur 1½ Jahre Zuchthaus, die in Gefängnisstrafen

umgewandelt wurden. Gleichzeitig verkündete das Gericht, daß es für diese beiden ein Gnabengefuch beim Staatspräsidenten einreichen würde. Es ist bezeichnend für die Methode der Urteilsfindung, daß gerade diese beiden, obwohl Molinus Geschäftsführer der Sowog war, und mit ihm eine führende Rolle spielte, von dem Gericht in dieser Weise behandelt werden.

Nur ganz wenige Angeklagte, bei denen es sich in der Hauptsache um Namensverwechslungen handelte, also um solche Männer, die überhaupt garnicht auf die Anklagebank gehörten, aber um junge Leute von 16 und 17 Jahren, wurden freigesprochen.

Das Gerichtsgebäude und die umliegenden Straßenzüge waren von einem Vollgelaufgedot besetzt, das jede Ansammlung sofort auseinandertrieb. Im Gerichtssaal war die militärische Bewachung erheblich verstärkt und auch auf die bisher auf so fernem Fuß befindlichen Angeklagten ausgedehnt. Die Diplomatologe war überfüllt mit Vertretern ausländischer Staaten, litauischen Richtern und Beamten. Auf den Pressetribünen herrschte harter Andrang. Sonst waren nur wenige Zuhörer zu der Urteilsverkündung zugelassen worden.

Die Angeklagten nahmen das Urteil sehr ruhig hin. Man hatte aber allgemein den Eindruck, daß dieses entscheidende Urteil von niemanden erwartet worden war.